

03.05.2016

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln!

I. Ausgangslage

Die so genannten Kindpauschalen sind der Hauptbestandteil des Finanzierungssystems der Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Sie erhöhen sich aktuell jedes Jahr automatisch um 1,5 Prozent. Träger und Beschäftigte von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen warnen jedoch seit Jahren vor den verheerenden Folgen der zu geringen Dynamisierung der Kindpauschalen. In den vergangenen Monaten hat sich die Lage in Nordrhein-Westfalen noch einmal dramatisch zugespitzt: Kirchen, freie Träger und Elterninitiativen sprechen offen über Kita-Schließungen und Trägerabgaben. Eltern und Erzieherinnen demonstrieren vor dem Landtag für bessere Finanzierungsbedingungen.

Es ist unverständlich, weshalb die Landesregierung die im Kinderbildungsgesetz ursprünglich für das Jahr 2011 vereinbarte Evaluierung der Pauschalen ausgesetzt hat. Denn die notdürftigen Reformen am Kinderbildungsgesetz, die in der Zwischenzeit erfolgt sind, konnten die strukturellen Ursachen für die Unterfinanzierung der Kitas nicht beheben. Im Gegenteil: Mit neuen Fördermitteln wurden den Trägern stets auch neue Bürokratie und neue Aufgaben aufgebürdet, so dass es faktisch zu keiner Entlastung kam. Die Vielzahl der nun existierenden Sonderförderungen ist selbst vom Fachpersonal oftmals nicht mehr zu überblicken. Mit Maßnahmen wie der Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr und dem Belastungsausgleich gibt das Land zwar formal mehr Geld für die Familienpolitik aus, faktisch kommt davon jedoch kein einziger Cent zusätzlich in den Kindertageseinrichtungen an.

Das Finanzierungssystem steht nun vor dem Kollaps, die Abgabe der Trägerschaft an die Kommune oder die komplette Aufgabe von Kitas werden von einigen Trägern bereits vollzogen. Leidtragende sind die Eltern und ihre Kinder, denen nichts anderes übrig bleibt als die schleichende Abwicklung der Trägervielfalt zu akzeptieren oder gar eine neue Kita für die Kinderbetreuung finden zu müssen. Für die Kommunen entstehen erhebliche Mehrkosten, wenn sich die freien Träger der Jugendhilfe nicht mehr an der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen beteiligen können.

Datum des Originals: 03.05.2016/Ausgegeben: 03.05.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Landesregierung hat angekündigt, zum kommenden Kindergartenjahr 2016/2017 die Kindpauschalen bis zum Kindergartenjahr 2018/19 auf 3 Prozent anzuheben. Damit Änderungen überhaupt noch bis zum Kindergartenjahr 2016/17 in Kraft treten können, muss das neue Kinderbildungsgesetz spätestens im Juli 2016 verabschiedet werden. Damit bleiben nur noch wenige Wochen für die Einbringung, Beratung und Verabschiedung des Gesetzes. Bereits am 15. März haben Kommunen und Träger ihre Planungen für das kommende Jahr abgeschlossen, die Erhöhung der Kindpauschalen wird sich also auf das Kindergartenjahr 2016/17 kaum noch positiv auswirken können. Es ist somit offensichtlich, dass die Ankündigungen der Landesregierung den Ansprüchen für eine qualitativ gute und gesicherte Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nicht gerecht werden.

Angesichts aktueller und vergangener Tarifverhandlungen zeigt sich zudem bereits jetzt, dass die von der Landesregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die angehäuften Defizite der Träger und die steigenden Personalkosten zu decken. Spätestens in drei Jahren, wenn die zwischen Landesregierung und Kommunen getroffene Vereinbarung ausläuft, wird die finanzielle Situation vieler Kindertageseinrichtungen noch prekärer sein als sie es heute schon ist. Eine nachhaltige und verlässliche Finanzpolitik sieht anders aus. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen verpassen es erneut, eine dauerhafte, nachhaltige und stabile Finanzierungsstruktur zu schaffen.

Zum Kindergartenjahr 2018/19 hat die rot-grüne Landesregierung eine umfassende Reform des Kinderbildungsgesetzes angekündigt. Die Arbeiten an einem Eckpunktepapier für das Jahr 2017, das diese Reform vorbereiten soll, haben trotz der seit Jahren bekannten Erkenntnis, dass die Kindpauschalen nicht mehr auskömmlich sind, erst zu Beginn dieses Jahres begonnen. Eine gelingende, umfassende Reform zum Kindergartenjahr 2018/19 ist damit mehr als fraglich.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Träger, Kommunen und Opposition warnen seit Jahren vor den fatalen Folgen der fehlenden Auskömmlichkeit der Kindpauschalen.
2. Die rot-grüne Landesregierung hat keine Evaluation zur Auskömmlichkeit der Kindpauschalen durchgeführt. Es ist daher fragwürdig, ob eine Erhöhung der Kindpauschalen auf 3 Prozent deren Auskömmlichkeit sicherstellt.
3. Die Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung der vergangenen Jahre haben nicht dazu geführt, dass die Finanznot der Träger von Kindertageseinrichtungen gelindert wurde.
4. Die rot-grüne Landesregierung hat viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen, um ein gutes und funktionales Finanzierungssystem auf den Weg zu bringen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

1. eine sofortige Evaluation zur Auskömmlichkeit der Kindpauschalen hinsichtlich Trägerform, Größe der Einrichtungen, Altersstruktur des Personals und Alterszusammensetzung der betreuten Kinder durchzuführen.
2. die Dynamisierung der Kindpauschalen dauerhaft an einen wissenschaftlichen Index zu koppeln, der die allgemeine Kostenentwicklung, insbesondere Tarifsteigerungen, berücksichtigt.

3. das Finanzierungssystem der Kindertageseinrichtungen wieder zu vereinfachen, Sonderförderungen auf das Wesentliche zu beschränken und die freiwerdenden Mittel in die Kindpauschalen zu integrieren.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Christina Schulze Föcking
Bernhard Tenhumberg

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Marcel Hafke

und Fraktion